

Magdeburg, 16. Dezember 2025

Strukturen ändern, Chancen sichern: für Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt

**Forderungskatalog des
Netzwerks gegen Kinderarmut**

Vorwort

Kinderrechte stehen in der Landesverfassung Sachsen Anhalt. Dennoch wachsen zu viele Kinder und Jugendliche in unserem Land in Armut, mit ungleichen Chancen und unsicheren Schutzräumen auf. Aktuelle Erhebungen und die Erfahrungen aus Praxis und Kommunen zeigen: Der Handlungsdruck in Kinderschutz, Chancengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit steigt – statt kleiner zu werden.

Dieser Katalog konzentriert sich auf konkrete Strukturhebel: klare Zuständigkeiten, dauerhafte Finanzierung und verbindliche Koordination. Jede Partei ist zur Landtagswahl am 06.09.2026 aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und diese Punkte in Programme, Koalitionsverträge und den ersten Landeshaushalt der neuen Legislatur aufzunehmen – **damit kein Kind und kein Jugendlicher in Sachsen Anhalt verloren geht.**

Das Netzwerk gegen Kinderarmut Sachsen Anhalt ist ein überparteilicher Zusammenschluss aus Trägern, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft, Kirchen, Sozialpartnern, Krankenkassen sowie Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung. Seit 2017 vernetzen wir Praxis und Evidenz und übersetzen beides in handhabbare Empfehlungen für Landespolitik und Verwaltung.

In Kürze: TOP 10 der Forderungen

- 1. Schulsozialarbeit** gesetzlich verankern und flächendeckend sichern
- 2. Kostenloses Schulessen** (DGE Standard)
- 3. Kinderschutz & Gewaltprävention** ausbauen
- 4. Kinder & Jugendarbeit** flächendeckend stärken
- 5. Unterrichtsfach „Lebenskompetenzen“** einführen
- 6. Multiprofessionelle Teams** an Schulen ausbauen
- 7. Gesundheitserziehung** verbindlich im Unterricht
- 8. Kita-Personalschlüssel** verbessern
- 9. Kostenloser ÖPNV** für junge Menschen & bessere Taktung
- 10. Kooperation Schule–Jugendarbeit** systematisch verankern

Warum diese drei Schwerpunkte?

Kinderarmut ist mehrdimensional. Ihre Folgen zeigen sich besonders in drei miteinander verknüpften Bereichen:

Bildung und Ausbildung (Lernwege, Übergänge, schulische Unterstützung),

Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe (Kostenbarrieren, Mobilität, Mitsprache) sowie

Gesundheit und Schutz (Prävention, Versorgung, Kinderschutz).

Wer hier strukturell ansetzt, mindert Risiken entlang der gesamten Bildungs- und Lebensbiografie: bessere Startchancen, sichere Schutzräume und echte Mitwirkungsmöglichkeiten – in Stadt und Land. Die folgenden Forderungen sind so gewählt, dass sie einander verstärken und dauerhafte Wirkung entfalten.

1) Bildung & Ausbildung

Chancengerechtigkeit entsteht, wenn Unterricht, Unterstützung und Übergänge stabil funktionieren. Schulen und Kitas brauchen klare Regeln, verlässliche Teams und greifbare Partner im Sozialraum. Die folgenden Punkte richten Strukturen so aus, dass Bildungsbiografien verlässlich werden – besonders dort, wo Armut den Alltag prägt.

1. Gesundheitserziehung verbindlich im Unterricht

Gesundheit gehört ins Klassenzimmer – verbindlich und altersgerecht. Bewegung, Ernährung, psychische Gesundheit und Suchtprävention werden fest im Unterricht verankert, mit Zeit, Fortbildung und klaren Lehrplanbezügen. So entsteht Alltag, der Konzentration, Wohlbefinden und Lernleistung stärkt – in jeder Schule, ohne Stigma.

2. Unterrichtsfach „Lebenskompetenzen“ einführen

Ein eigenes Fach bündelt soziale, Gesundheits- und Medienkompetenzen, in höheren Jahrgängen Alltags-/Verbraucherbildung. Klare Curricula und Praxisbezug machen Schule alltagsfest: Konflikte lösen, digital sicher handeln, Gesundheit pflegen, Rechte kennen. Resilienz und Selbstwirksamkeit werden zum Lernziel.

3. Lernmittelfreiheit (inkl. digitaler Ausstattung)

Bildung darf nichts kosten: Geräte, Lizenzen, Reparaturen – ebenso wie Bücher und Material. Einheitliche, stigmafremde Verfahren sichern Versorgung und entlasten Familien. So wird moderne Bildung überall möglich, Hausaufgaben gelingen, und Unterricht ist planbar.

4. Kostenloses Schulessen (DGE Standard)

Eine gesunde Mahlzeit für alle steigert Konzentration und Teilhabe und entlastet Familien. Qualität wird über DGE Standards gesichert; Kapazitäten, Personal und passende Zeitfenster gehören dazu. So wird gutes Essen selbstverständlich – ohne Stigma.

5. Trinkbrunnen/Wasserspender an Kitas, Schulen, Horten

Wasserzugang ist Basis für Gesundheit und Konzentration. Trinkbrunnen sind sichtbare Alltagsinfrastruktur – mit Wartung, Hygieneplan und kindgerechter Bedienung. Sie senken Kosten und reduzieren Einwegplastik.

6. Kooperation Schule–Jugendarbeit systematisch verankern

Hilfe wirkt vor der Krise, wenn Schule feste Partner hat. Verbindliche Kooperationsrahmen, klare Zuständigkeiten und Zeitfenster im Schulalltag sichern Präsenz und kurze Wege – besonders im ländlichen Raum.

7. Kitasozialarbeit und Schulsozialarbeit gesetzlich verankern und flächendeckend sichern

Kita- und Schulsozialarbeit werden Regelstrukturen: gesetzliche Grundlage, Mindeststandards, Team-/Vertretungsmodelle, Supervision und Land-/Kommunal-Kofinanzierung. Enge Verzahnung Kita–Schule mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen (z.B. Fallkonferenzen, strukturierte Übergabe Kita→Grundschule) sichert stabile Beziehungen, frühe Krisenerkennung und verlässlich begleitete Übergänge.

8. Kita-Zugang sichern: Zuteilung mit Opt-Out

Armutsbetroffene Familien erreichen einen Kita-Platz häufig später und seltener – etwa weil Informationen fehlen, Anmeldungen kompliziert sind oder andere Belastungen den Zugang erschweren. Ein Opt-out-Verfahren (jedem Kind wird ein Platz zugeteilt, Verzicht ist möglich) senkt diese Hürden, beschleunigt Zugänge und stärkt die frühe Bildung.

9. Kita-Personalschlüssel verbessern

Teams brauchen verbindlich verankerte Zeitfenster für Reflexion, Coaching und Fortbildung. Im Mittelpunkt stehen Vorurteilsbewusstheit, sprachliche Bildung/DaZ und Armutssensibilität – so wird Förderung wirksamer und der Kita-Alltag stabiler.

10. Multiprofessionelle Teams in Kitas aufbauen (zusätzlich zum Personalschlüssel):

Kita Sozialarbeit und Sprachfachkräfte als feste Teamanteile.

Ein Netzwerk für Schulung und Intervision sichert Qualität, entlastet Pädagog:innen und erreicht Familien früh und niedrigschwellig.

11. Multiprofessionelle Teams an Schulen ausbauen

Lehrkräfte, Sozialarbeit, Sonderpädagogik und Schulpsychologie arbeiten standardmäßig zusammen – mit Zeit für Abstimmung, klaren Rollen und Fortbildung. Das beschleunigt Hilfe, entlastet Unterricht und erreicht Kinder, die Unterstützung brauchen.

12. Armutssensibles Schulsystem: Lehrkräfte entlasten & qualifizieren

Weniger Bürokratie, Zeit für Beziehungsarbeit und gezielte Fortbildungen zu armutssensibler Didaktik und Kinderschutz: So werden Anforderungen fair, Förderung wirksam – Bildungsgerechtigkeit im Klassenraum.

13. Berufsorientierung durchgängig & verbindlich (BRAFO als Mindeststandard)

Frühe, praxisnahe Orientierung mit Standards: Praxisphasen, Mentoring, Nachbegleitung bis in die Ausbildung; BRAFO wird Mindeststandard; Schulen, Betriebe und Träger planen gemeinsam; Entscheidungen werden tragfähiger, Warteschleifen kürzer.

14. „Produktives Lernen“ im Regelsystem verankern

Praxisnahe Lernwege werden dauerhaft verankert – mit Lernorten im Betrieb, Coaching und flexiblen Zugängen. So steigt die Motivation, Fehlzeiten sinken und Abschlüsse gelingen gleichwertig zum klassischen Weg.

15. Schülerpraktika stärken (insb. Sozial /Gesundheitsberufe; Prämie)

Schülerpraktika sollen klare Qualitätsstandards für Betreuung und Inhalte erhalten, ergänzt um eine Prämie für besonders aufwendige Plätze – insbesondere in Sozial- und Gesundheitsberufen. So öffnen sie neue Berufsbilder, bauen Vorurteile ab und unterstützen den Übergang in Ausbildung.

16. Ausbildungsunterstützungsfonds (Umlage)

Ein Umlagefonds verteilt Kosten fair, stärkt kleine Betriebe und finanziert Begleitung. Ergebnis: mehr gute Ausbildungsplätze, bessere Qualität, stabile Abschlüsse – auch im ländlichen Raum.

17. Informelle Bildung im Sozialraum sichern (Jugendclubs, Familienzentren)

Lernen findet auch außerhalb von Schule statt. Verlässliche, niedrigschwellige Orte im Quartier – vom Jugendclub bis zum Familienzentrum – fördern Kompetenzen, Zugehörigkeit und Teilhabe. Planungssicherheit und Kooperation mit Schulen machen aus Inseln tragfähige Bildungslandschaften.

18. Übergang Schule–Beruf: Mitbestimmung & Praxispartnerschaften stärken

Jugendliche gestalten mit: verbindliche Mitwirkung in Berufsorientierungsformaten; mehr Praxispartner und Anerkennung realer Lernorte. So entstehen passende Entscheidungen und stabile Einstiege.

19. Produktives Lernen: Praxiskooperationen & Wahlfreiheit erweitern

Mehr reale Lernorte und flexible Zugänge halten praktisch starke Jugendliche im System – motiviert, ohne Stigmatisierung und mit echten Abschlusschancen.

20. Austauschprogramme für Sekundar /Förderschulen gezielt fördern (Eigenanteile senken)

Internationaler Austausch erweitert Perspektiven – gerade für benachteiligte Gruppen. Zuschüsse und einfache Verfahren senken Barrieren; Schulen erhalten Begleitung. So werden Chancen unabhängig vom Geldbeutel real.

2) Partizipation & gesellschaftliche Teilhabe

Armut trennt vom Mitmachen. Teilhabe wird real, wenn Kosten fallen, Wege offen sind und Mitsprache zählt – auch abends, am Wochenende und im ländlichen Raum. Die folgenden Forderungen öffnen Türen zu Vereinen, Kultur, Demokratie und Mobilität und geben den Stimmen junger Menschen Gewicht.

21. Kinder & Jugendarbeit flächendeckend stärken

Ein landesweit verlässliches Programm mit kommunaler Kofinanzierung bindet Fachkräfte, sichert Räume und erreicht auch ländliche Regionen mobil. Jugendarbeit ist Lern-, Freizeit- und Schutzort – dauerhaft statt projektweise.

22. Jugendwohnungsnot: Beratung & bezahlbarer Wohnraum

Übergangswohnen, Frühberatung/Streetwork und Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft sollen gezielt ausgebaut werden, um Ausbildungs- und Schulabbrüche zu verhindern. Junge Menschen brauchen schnelle, einfache Zugänge zu sicherem und bezahlbarem Wohnraum.

23. Sicherer Radverkehr & jugendgerechte Schulwege

Jugendgerechte Schulwegkonzepte, durchgehende Radwege, gute Beleuchtung, sichere Querungen und ausreichende Abstellanlagen sichern alltagstaugliche Wege. So entsteht Sicherheit, die Selbstständigkeit, Bewegung und Vertrauen stärkt – im Dorf wie in der Stadt.

24. Kostenloser ÖPNV für junge Menschen & bessere Taktung

Ein Jugendticket und verlässliche Takte – auch abends und am Wochenende – öffnen Wege zu Bildung, Ehrenamt, Freizeit und Kultur. Mobilität wird so zur echten Voraussetzung für Teilhabe, nicht zum Ausschlusskriterium.

25. Kostenfreie Vereinsmitgliedschaft (Sport/Kultur)

Beiträge und Grundausrüstung sollen so übernommen werden, dass Kinder und Jugendliche unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern an Sport-, Kultur- und Verbandsangeboten teilnehmen können. So werden Gemeinschaft, Gesundheit und kulturelle Teilhabe für alle erreichbar.

26. Vereinszugang über Schulen erleichtern

Kooperationen von Schulen mit Sport-, Kultur- und Jugendverbänden ermöglichen Schnupperangebote im Unterricht und im Ganzttag. Wenn Beiträge und Ausrüstung übernommen werden, beginnt Teilhabe direkt im Schulalltag und Hürden fallen dort, wo Kinder und Jugendliche ohnehin sind.

27. Selbst & Interessenvertretungen junger Menschen stärken

Unabhängige Vertretungsstrukturen junger Menschen brauchen verlässliche Ressourcen, Rechte und Begleitung – auf kommunaler und landesweiter Ebene. So entsteht echte Mitbestimmung statt symbolischer Beteiligung.

28. Heimräte verpflichtend; Landesheimrat aufbauen

Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen sollen bundeslandsweit verbindliche Heimräte mit klaren Beteiligungs- und Beschwerderechten haben. Ein Landesheimrat bündelt ihre Perspektiven und macht Qualitätsfragen aus Sicht der Betroffenen sichtbar.

29. Partizipation armutssensibel (kostenfrei, barrierearm, niedrigschwellig)

Beteiligungsangebote müssen kostenfrei, gut erreichbar und mit einfacher Sprache gestaltet sein. Sprachmittlung, Kinderbetreuung und zeitlich passende Formate sorgen dafür, dass auch armutsbetroffene junge Menschen mitentscheiden können.

30. Sprachbarrieren konsequent abbauen

Formulare, Bescheide und Beratungen sollen in einfacher Sprache gestaltet werden; Sprachmittlung wird Standard in Elterngesprächen, Beratung und Beteiligungsverfahren. So werden Angebote verständlich und Entscheidungen wirksam – unabhängig von Herkunft und Einkommen.

31. Modellprojekte zur motivierenden Teilhabe

Pilotkommunen erproben niedrigschwellige Beteiligungsformate, gezielten Outreach und Anerkennungssysteme. So werden insbesondere selten gehörte Gruppen erreicht und kontinuierliche Mitwirkung gefördert.

32. Tarifbindung stärken; Vergabe/Förderung an Tarif knüpfen

Vergabe und Förderung sollen an Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen gekoppelt sein – auch im Sozial-, Bildungs- und Jugendbereich. Das stärkt Familieneinkommen, stabilisiert Teams und verbessert die Qualität der Angebote, von denen Kinder und Jugendliche direkt profitieren.

3) Gesundheit & Schutz

Armut macht krank und unsicher. Kinder brauchen präventive Netze, schnelle Zugänge und klare Verfahren. Die folgenden Forderungen verkürzen Wege in Hilfe, stärken Schutzzräume und sichern kindgerechte Unterstützung – überall im Land.

33. ÖGD als kommunaler Motor der Gesundheitsförderung

Der Öffentliche Gesundheitsdienst wird zum Knotenpunkt kommunaler Prävention – mit klaren Schnittstellen zu Schule, Jugendhilfe und Vereinen. Eine Novelle des Landes ÖGD Gesetzes stärkt Auftrag, Ressourcen und Steuerung; Gesundheitskoordinator:innen sichern Kontinuität vor Ort. So werden Zugänge einfacher und Angebote wirksam vernetzt.

34. Psychische Gesundheit: regionale Versorgungsnetze & Lotsenstellen

KJP, Psychotherapie, Beratung, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und ÖGD werden regional vernetzt; Lotsenstellen steuern Wege. Ziel sind kürzere Wartezeiten und klare Überleitungen

35. Kinderschutz & Gewaltprävention ausbauen

Verbindliche Schutzkonzepte, qualifizierte Fachkräfte, elternunabhängige Anlaufstellen und flächendeckende Täterarbeit. Einheitliche Verfahren und Sprachmittlung sichern, dass Hilfe früh greift.

36. Familiengerichtliche Verfahren kindgerecht

Kinder werden gehört und entlastet: Umgangspflege, gesicherte Sprachmittlung und klare Abläufe beschleunigen Verfahren und machen Entscheidungen tragfähiger.

37. Familienberatung & Elternkompetenzen niedrigschwellig stärken

Wohnortnahe, mobile und digitale Beratung – auch abends; vernetzte Angebote stabilisieren den Alltag, überbrücken Wartezeiten und verhindern Krisen.

38. Familienhebammen/Frühe Hilfen landesweit stärken

Die aufsuchende Unterstützung ab Geburt wird ausgebaut. Frühe Hilfen vernetzen medizinische, soziale und pädagogische Unterstützung – niedrigschwellig und wirksam. Zusammenarbeit mit dem Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

39. Multiprofessionelle Teams als Schutz und Präventionsanker

Teams aus Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Gesundheitskoordination sollen verbindlich aufgebaut und finanziert werden. Sie erkennen Belastungen früh, sichern klare Krisenpfade und gewährleisten kurze Wege zu ÖGD, KJP sowie Kinder- und Hausärzt:innen.

Kontakt unter:
www.ngk-lsa.de